

Bezugspreis:

Monatlich 4,75 RM. monatlich 2,25 RM. ...

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokratisches Berlin“

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Anzeigenzeile ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 3. Januar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Entente gegen deutschen Bolschewismus.

Haag, 3. Januar. (Meldung des Holländisch ...)

Haag, 3. Januar. (Meldung des Holländisch ...)

Radikalisierung der italienischen Sozialisten

Bern, 2. Januar. Laut einer Stefanimeldung ...

Litauen und Polen.

Das litauische Pressebureau teilt mit, dass ...

Freiwillige für den Grenzschutz.

Wie wir hören, wird ein Aufruf erlassen ...

Der neue Kriegsminister.

Zum Kriegsminister ist an Stelle Scheuch ...

Amerikanisch-französische Differenzen.

Clemenceau macht sich über Wilson lustig. Es ist seit längerer Zeit schon ...

Die letzten Kammerverhandlungen in Paris ...

Bern, 2. Januar. In der „Humanität“ ...

Kein weiterer Vormarsch der Polen.

Die „B. Z. am Mittag“ meldet: Der Magistat in Bromberg ...

Erst Ordnung, dann Frieden.

Bern, 2. Januar. Die Basler Zeitungen ...

Sozialdemokratie und Beamtenfragen.

Zum Zwecke des Stimmenganges haben die ...

Ein beliebtes Gebiet ist hier die Agitation ...

Trotzdem sucht man Beunruhigung in die ...

In der Agitation unter den Beamten wird ...

Was nun die Wählbarkeit der Behörden ...

Wahl der Stadtvorstände, in Schleswig-Holstein durch Wahl der Bürger. Es bestand aber neben dem Wahlrecht der Stadtvorstände und der Bürger das Bestätigungsrecht des Königs resp. der Regierung. Hier fordert das Programm der Sozialdemokratie Wahlrecht für das Volk und Beseitigung des Bestätigungsrechts, damit solche Skandalaffären, wie die Fälle Kirchner und Kaufmann in Verfall umgewandelt werden. Dasselbe Wahlrecht, welches wir für das Volk in den Städten fordern, fordern wir auch für die Landgemeinden, Kreise und Provinzen.

In der Wahlbarkeit der Magistrate in den Städten hat aber noch kein Beamter Anstoß genommen. Es ist wohl noch nie vorgekommen, daß ein lebenslanglich angestellter Magistratsbevollmächtigter auf den Posten eines besoldeten Stadtrates oder Bürgermeister verabschiedet hat, weil er als Magistratsmitglied nun auf 12 Jahre gewählt wird.

Nun sind es drei Hauptfragen, die immer wieder in den Vordergrund treten:

1. Werden die Beamten in Zukunft in so geheimer Stellung bleiben wie bisher? Also, daß sie nur durch ein geordnetes Disziplinarverfahren aus dem Amte entfernt werden können?

Für diese Sicherstellung sind wir immer eingetreten. Doch jetzt kein Grund zur Veränderung unserer Anschauungen vorliegt, brauchen auch Ebert und Gaeke zum Ausdruck, als sie den Beamten versicherten, daß sie unter Aufrechterhaltung ihrer früheren Rechte in ihren Stellen verbleiben sollen. Obwohl hierüber endgültig die spätere Gesetzgebung zu entscheiden hat, so kann man doch behaupten, daß eine Veränderung der Verhältnisse insofern wahrscheinlich ist, als eine Verbesserung der Lage der Beamten eintritt. Die meisten Beamtenstellen können nur von besonders für diesen Beruf vorgebildeten Personen besetzt werden. Reich, Staat und Gemeinde sind auf die Beschäftigung solcher vorgebildeter Personen angewiesen. Dazu kommt, daß die Beamten ein stärkeres Koalitionsrecht als im alten Staatengebilde haben. Sie sind daher mehr als bisher in der Lage, Mißstände durch ihre Interessenvertretungen zu beseitigen.

2. Frage die Beamten, ob man ihre Bezüge nicht herabdrücken wird? Hier ist für die unteren und mittleren Beamten das Gegenteil zu erwarten. Wenn bisher die Sozialdemokraten für Ausbesserung der Gehälter eintraten, dann geschah es nicht aus Liebedienerei gegenüber den jetzigen Beamten, sondern aus dem Grunde, weil die Sozialdemokraten die Ansicht vertreten, daß schlechtgelohnte Arbeit in der Regel keine Arbeit ist. Der Beamte kann nur dann seine ganze Kraft dem Amte widmen, wenn er sich nicht mit Nahrungsvorgen und ähnlichen Kümmererissen zu plagen hat. Eine Herabsetzung der Bezüge ist nur da wahrscheinlich, wo heute wie beim Reichskanzler und einigen Vorkämpfern erhebliche Summen für Repräsentationen eingesetzt sind. Weil man diese Repräsentationen einschränken wird, brauchen auch die Kosten nicht getragen zu werden.

3. wird gefragt: Wie wird es mit den Ansprüchen auf Pension und Hinterbliebenenbezüge werden?

Die Befürchtung, daß diese Ansprüche gefährdet sein könnten, wäre nur dann begründet, wenn alle Ersparnisse beschlagnahmt werden sollten. Denn der Pensions- und Hinterbliebenenanspruch ist wirklich durch Arbeit erworbenes Vermögen. Da die Sozialdemokraten durch Ausbau der Arbeiterversicherung ähnliche Verhältnisse für die Arbeiter schaffen wollen, werden sie jene Einrichtungen, die sie verhängen wollen, nicht dort beseitigen, wo sie bestehen. Nach Ansicht der Sozialdemokraten soll jeder seine Kräfte für das Allgemeinwohl einsetzen und dafür als Entschädigung eine sorgenfreie Existenz für sich und seine Familie haben.

Wenn Wahlmagistrate behaupten, daß die Sozialdemokraten die Stellung der Beamten verschlechtern wollen, dann soll man fragen, wann und wo Sozialdemokraten in einer gesetzgebenden Körperschaft oder in einer Verwaltungsbehörde durch Anträge oder Reden zu erkennen gegeben haben, daß sie die Lage der Beamten verschlechtern wollen. Die Steno-

gramme der gesetzgebenden Körperschaften enthalten tausende Reden von Sozialdemokraten über Beamtenfragen. Der Umstand, daß man in den Flugblättern und Reden gegen die Sozialdemokraten nicht einen einzigen solchen Fall anführt, ist ein Beweis dafür, daß die Sozialdemokraten wohl für die Erweiterung der Rechte und für Verbesserung der Lage der Beamten gewirkt haben, aber nie das Gegenteil taten.

Nach den Taten soll man die politischen Parteien beurteilen. Die Sozialdemokraten haben stets auch den Beamten gegenüber solche Politik getrieben, daß sie nicht nötig haben, durch Veränderung ihres Namens ihre Vergangenheit zu verschleiern.

Rücktritt der unabhängigen Regierungsglieder in Braunschweig.

Braunschweig, 3. Januar 1919. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In Braunschweig besteht bekanntlich eine Regierung, die nur aus Unabhängigen und Spertakulanten zusammengesetzt ist. Nun kam es gestern in einer Mitgliederversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie für die Stadt Braunschweig zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den Kandidaten beider Richtungen. Die unabhängigen Regierungsglieder wurden heftig angegriffen, so daß sie erklärten, von ihren Posten zurückzutreten. Nur ein Volkswirtschaftler, der dem Spertakulanten nahesteht, verbleibt im Amte, ebenso der Präsident der Republik, Meerges. Burszeit ist die Lage noch ungeklärt. Doch ist für morgen eine Konferenz der Landarbeiter- und Soldatenträte einberufen, die eine Lösung der Regierungskrisis bringen wird.

Das Wahlrecht der im Januar vom Heer Entlassenen.

Die Angehörigen des Heeres und der Marine, die vom 7. Januar 1919 ab aus dem Heide heimkehren, sind ohne Eintragung in die Wählerlisten auf Grund einer Bescheinigung über ihre Heimkehr doch zur Wahl zugelassen, wo sie sich am Wahltag aufhalten.

Was bedeutet Verhältniswahlrecht?

Verhältniswahlrecht bedeutet, daß jede Stimme im Wahlresultat zum Ausdruck gelangt. Bei dem früheren Wahlsystem in Einzelwahlkreisen war ein Kandidat gewählt, gleichgültig ob er 5 Stimmen oder 50 000 Stimmen über die absolute Mehrheit erhielt. In Berlin, wo meist die sozialdemokratischen Kandidaten mit ungeheurer Mehrheit siegen, ist mancher nicht zur Wahl gegangen, weil er sich sagte, daß es auf seine Stimme nicht mehr ankomme.

Davon kann jetzt keine Rede mehr sein. Jetzt werden die Kandidaten genau nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen verteilt. Wenn wählt 21 Abgeordnete. Von diesen bekommt die Sozialdemokratie so viele, als dem Verhältnis ihrer Stimmen zur Gesamtstimmenszahl entspricht. Mit der Hälfte aller abgegebenen Stimmen würde die Sozialdemokratie in Berlin nur 10 oder 11 Sitze erhalten, mit drei Viertel aller abgegebenen Stimmen dagegen 15 oder 16 Sitze. Es kann möglicherweise nur an ganz wenigen, sogar unter Umständen an einer einzigen Stimme hängen, ob die Sozialdemokratie ein Mandat mehr oder weniger bekommt. Auf jede Stimme kommt es daher an, je höher die Stimmzahl für die Sozialdemokratie, desto mehr Sitze erhält sie. Deshalb auch der letzte Mann zur Wahlurne für die Sozialdemokratie.

Sperrung der Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen.

Mannheim, 2. Januar. Der Kohlenbrückenverkehr zwischen Mannheim und Ludwigshafen ist seit 1. Januar morgens gesperrt. Die Brücke darf nur gegen Aufbruch passieren werden.

Schulwesen zu geben. Bei Gelegenheit der Einrichtung von Elternbeiräten soll auch darin eine Änderung eintreten. Hier der Mitglieder brauchen nicht Eltern von Schülern zu sein, sondern können andere am Schulleben besonders interessierte Männer und Frauen sein. Dabei wird das Provinzialschulkollegium namentlich auch die Geistlichen des Ortes zu berücksichtigen haben.

Doch die Wichtigkeit der neuen Verordnung vom 1. Oktober, die noch zu Recht besteht, geht noch weiter. Für die Elternwünsche wurde ein unschädliches Sicherheitsventil geschaffen, für die Kirche gleichzeitig eine Art Schulaufsicht geschaffen, für die Lehrer wurde die neue Verordnung eine weitere Entlastung in ein Unterebenenverhältnis unter den Direktor. Denn Mitglieder des Lehrerkollegiums zuzuziehen, bleibt dem Direktor nach Lage des Falles unbenommen. Dieser Allmächtige kann also gegenüber dem einzelnen Lehrer und gegenüber der Gesamtkonferenz immer die nur ihm bekannten Reuerungen des Elternbeirats ausspielen. Wenn der Direktor es nicht gestattet, hat der Lehrer nicht einmal das Recht, sich vor dem Elternbeirat zu verteidigen, wenn er angegriffen wird. Reist wird er es gar nicht erfahren, denn die Mitglieder werden vom Vorsitzenden durch Handschlag zur „vertraulichen“ Behandlung der von ihm als vertraulich bezeichneten Beratungsstelle verpflichtet. So kann als das sichere Ergebnis der Elternbeiräte im Sinne der Verordnung vom 1. Oktober nur eines prophezeit werden: Die Spannung zwischen Elternhaus und Lehrerschaft wird verstärkt, das gegenseitige Mißvertrauen vermehrt, die Trennung durch den dazwischenstehenden Direktor vertieft werden.

Diese Verfügung besteht auch jetzt noch zu Recht. Darum tut Eile not. Der Kultusminister muß umgehend die Verfügung außer Kraft setzen und sie durch eine dem Sieg des neuen Geistes Rechnung tragende ersetzen. Als unbedingte Erfordernisse betrachten wir für die neue Verordnung: 1. Wahl der Mitglieder auf demokratischer Grundlage durch alle Eltern. 2. Wahl eines Lehrerebeirats. 3. Gemeinsame Beratungen in kürzeren Zeitabständen auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens und guten Willens. 4. Zugänglichkeit des Protokolls und der Beschlüsse der Beratungen für alle Lehrer und Eltern von Schülern der Anstalt.

Oberlehrer Dr. Otto Koch.

Nachschreiber der Red. Die Einrichtung des Elternbeirats für die Volksschulen ist eine weitere Konsequenz im demokratischen Staat.

Das Eisenbahnboot.

Ein österreichischer Ingenieur Pruner hat die Welt mit einer Erfindung beglückt, die eine der größten Schwierigkeiten des Durchgangsverkehrs beseitigen soll. Sie besteht in einem funderbaren Bau, der gleichzeitig als Güterwagen auf der Eisenbahn und als Kanalboot dienen soll. Es hat 100 Tonnen Tragfähigkeit und ist mit einem eigenen Motor ausgestattet, so daß es sich also auch ohne

Hoffmann und Haenisch.

Adolf Hoffmanns Rechtfertigungsschrift.

In der „Republik“, dem Organ der Links-Unabhängigen, veröffentlicht Adolf Hoffmann eine lange Rechtfertigungsschrift, in der er sich scharf gegen seinen Ministerkollegen Gen. Haenisch wendet. In der Hauptsache läuft seine Darstellung darauf hinaus, daß zwischen ihm und Haenisch über die Notwendigkeit der Trennung von Staat und Kirche anfangs volle Uebereinstimmung geherrscht habe. Ferner sei die Berufung Wpnekens nicht sein, sondern Haenischs Werk gewesen.

Ueber die Notwendigkeit der Trennung von Staat und Kirche denkt Haenisch heute gewiß nicht anders als bei der Uebernahme des Amtes. Bei politischen Aktionen kommt es aber nicht nur auf das Was, sondern auch auf das Wie an. Und das steht fest, daß das plumpe, taffige Draufgängertum Hoffmanns unendlichen Schaden angerichtet hat. Wenn Haenisch täglich 48 Stunden brauchte, um die Dummenheiten zu reparieren, die Hoffmann in 24 begangen hatte, so war das nicht Haenischs Schuld und war auch durchaus kein „Manoslagang“.

Heute kommt es vor allem darauf an, den demokratischen Aufbau der Deutschen Republik zu sichern und eine Lösung der schwierigen Wirtschaftsprobleme im Geiste des Sozialismus und im Interesse der Arbeiterklasse anzubahnen. Das hat Adolf Hoffmann nicht begriffen, er hat eine Frage, die mit ruhiger Sachlichkeit behandelt werden mußte, zum Gegenstand eines Krakeels gemacht, wie ja überhaupt alles, was er anfängt, zum Krakeel wird. Ueber die Tätigkeit dieses Ministers können danach die Akten geschlossen werden.

Spartakusgewalttät in Selsenkirchen.

Der Oberbürgermeister abgesetzt.

Selsenkirchen, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Der Oberbürgermeister von Selsenkirchen Mathens ist durch den Arbeiter- und Soldatenrat abgesetzt worden, weil seine Anschauungen mit der neuen Zeit nicht übereinstimmen, wegen Nichterfüllung gewisser Forderungen und weil er es nicht verstanden habe, Autorität und Ansehen des Soldatenrates seit dem 9. November zu heben.

Vor einigen Tagen meldeten wir aus Selsenkirchen, daß ein dortiges bürgerliches Blatt von den Spartakisten kurzerhand verboten worden ist. Dieses Vorgehen fordert schärfsten Widerspruch heraus und ist auf die Dauer nur geeignet, das Ansehen der Revolution zu schädigen.

Soldatenkündigungen für die Regierung.

Keiner Spartakusregierung Dienst!

Die Marinangehörigen Plensburgs haben am 27. Dezember 1918 ein Vertrauensvotum für die Regierung beschloßen. Auf die falsche Nachricht hin, daß die Regierung Ober-Ostsee gestürzt und eine Regierung Liebknecht-Rosa Lugenburg an ihre Stelle getreten sei, haben sie die Erklärung abgegeben, daß sie dieser Regierung den Dienst verweigern und jede Schwärzerei mit dem Volkswort ausbleiben.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Spenimünde hat sich der Resolution im Prinzip angeschlossen und beschlossen folgende Kundgebung:

Wir werden den Volkswort in jeder Form bekämpfen, ebenso auch jeden Versuch der rechtsstehenden Parteien, der die Errungenschaften der Revolution vernichten will.

Der Zentral-Soldatenrat der Pfliegertruppen erläßt eine Kundgebung, in der es heißt: „Mit einem treuen, arbeitsfreudigen Soldaten steht die Pfliegertruppe geschlossen hinter dem Volkswort Ober-Ostsee und seiner Regierung.“ Die Kundgebung schließt mit einem Aufruf an die Kameraden zu freiwilliger Mannesmut und festem Zusammenhalten in treuer Arbeitsgemeinschaft.

Volomotive bzw. Schleppdampfer selbst bewegen kann. Zur Beförderung auf den Meisen ruht es auf einem Untergerüst mit Rädern und Rädern, von dem es leicht abgehoben werden kann, wenn es ins Wasser gebracht werden soll. Wenn man bedenkt, daß unsere größten Güterwagen nicht über 90 Tonnen laden, und jetzt die allerneuesten amerikanischen Kohlenwagen, die schon wieder hergestellt werden, doch nur 77 Tonnen laden, so erscheint dieses Eisenbahngefährt von 100 Tonnen Tragfähigkeit in etwas verächtlichem Licht. Andererseits bedeutet dieses Gewicht für ein Boot selbst auf einem Kanal eine sehr geringe Leistung.

Der Vorteil, das Umladen überflüssig zu machen, wäre allerdings so bedeutend, daß der letzte Einwand demgegenüber weniger ins Gewicht fiele. Außerdem würde die Zukunft dieser Erfindung aber auch von der Kostspieligkeit dieses Allzweckfahrzeuges abhängig sein, über die noch keine Angaben gemacht worden sind.

Notizen.

— Das Heim für blinde Studierende, das Frau Ellen von Siemens geb. Helmholz vor einiger Zeit gegründet hat, ist jetzt von der Stifterin unter die Verwaltung des Akademischen Hilfsbundes gestellt worden. Die Anstalt befindet sich am Schiffbauerdamm 20. Sie besteht aus einer Auskunftsstelle, die der blinde Dr. Köster leitet, und dem Heim für blinde Studierende. Der Hilfsbund beabsichtigt, auch sehende Invaliden Studierende aufzunehmen, um den Blinden den Verkehr zu erleichtern.

— Verband der freien Volksschulen. Im XI. Kongress des Verbandes der freien Volksschulen, das am 12. Januar, mittags 12 Uhr, im Theater am Wilhelmsplatz stattfand, wird Arthur Schnabel Beethovens Sonate E-dur op. 109, Schumanns Kreisleriana Werk 10 und Schuberts Sonate D-dur op. 53 zum Vortrag bringen.

— Theater. Sonntag, den 3. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr, im Kleinen Schauspielhaus Aufführung von Wilhelm Busch „Gauden-lecher“ durch von der Front heimgekehrte Schauspieler. — Am 4. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Neuen Opernhaus Schiffbauerdamm 42, Eröffnung des Lustspiels „Die Jugendfreunde“ von Ludwig Fulda.

— Der prophetische Jenfor. Das seit Jahren verschollene satirische Stück „Jenfor“ von Adolphe „Jenfor“ hat die Neue Wiener Bühne jetzt aufgeführt. Es wurde sehr merkwürdig wegen der vielen Anspielungen, die es auf österreichische militärische Zustände enthält, noch während Aufführungen von der Zensur verboten. Die beiden Autoren bemüht sich damals, die Freigabe des Werkes zu erwirken, doch der allgewaltige Jenfor gab nicht nach und meinte: „Solange es einen k. k. österreichischen Staat geben wird, insoweit wird der Werk nicht zur Aufführung zugelassen.“ Köster gab damals dem Jenfor die Antwort: „Na, da waren wir halt noch a bissl!“

Jetzt hat diese Geduldprobe ein jähes Ende gefunden, und der Jenfor hat mit seiner unbedachten Prophezeiung tatsächlich das Richtige getroffen.

Elternbeiräte.

Als zuerst in der Presse die Nachricht auftauchte, daß hinfert Elternbeiräte, bestehend aus den Vertretern der Elternschaft, jeder höheren Schule angegliedert werden sollten, ahmten diese erglückte Eltern erleichtert auf. Sie erwarteten nun ein Recht zu erhalten, an der Erziehung ihrer Kinder in der Schule, an ihrem Wohl und Wehe in der Schule Anteil nehmen zu können und nicht mehr auf demüthig Balken mit dem jeweiligen Lehrer angewiesen zu sein. Sie erwarteten, daß die Elternschaft jeder Schule zur Wahl ihrer Vertreter für den Elternbeirat eingeladen würde. Ebenso erwarteten die Lehrer, die nicht Schulbeamte, sondern Ergießer, vertrauensvoll von der Jugend anerkannte kameradschaftliche Führer sein wollten, durch den Elternbeirat eine Stärkung ihrer von Direktoren und Kollegen gleichmäßig bekämpften Verkaufs-laffung. Sie erhofften eine vertrauensvolle Beratung allgemeiner, Elternhaus und Schule angehender Erziehungsfragen, verständnisvolle Aussprache über erzieherische Konflikte, kurz: Freiheit für den neuen Geist der Jugend, der am Katheter genau so wenig gewünscht wurde wie auf der Schulbank.

Es kam anders, ganz anders. Man hatte an leitender Stelle zwar das Gefühl einer gewissen Unsicherheit, die gärende Masse der Eltern leben unbenommen zu werden, sie drohte hier und da sich zu organisieren und öffentlich Stellung zu nehmen. Andererseits fehlte es den Eltern gegenüber an dem unerlässlichen Vertrauen, man glaube nicht an die Möglichkeit einer gemeinsamen Arbeit der beiden Erziehungsinstanzen Haus und Schule. Man entschloß sich, dem ewig unzufriedenen Volk der Eltern eine Konzeption zu machen, eine unschuldige, harmlose, die Autorität des allmächtigen Direktors nicht antastende Konzeption. Man schloß fest: Es sollen Elternbeiräte gebildet werden. Für die hiesigen Schulen besteht der Elternbeirat aus 10 Mitgliedern und dem Direktor als Vorsitzenden. Diese Mitglieder werden aber nicht von der Elternschaft auf demokratischer Grundlage gewählt und mit ihrer Vertretung beauftragt, sondern — das Provinzialschulkollegium „bestellt“ die Mitglieder je zur Hälfte aus Vorschlagslisten, von denen die eine ihm vom Direktor, die andere durch dessen Vermittlung von der Stadtverwaltung vorgelegt wird. Unter dem Deckmantel einer demokratischen Einrichtung wird also ein letzter Versuch absoluter Schulaufsicht gemacht. Der Direktor hat kein Interesse daran, Eltern vorzuschlagen, die ihm entgegen-kretzen könnten. Er beruft seine 5 Betreuer. Auch die Liste der Stadtverwaltung geht durch seine Vermittlung an das Provinzialschulkollegium. Er kann also auch hier die ihm nicht genehmen Persönlichkeiten anfragen. Welche Eltern haben Lust, unter diesen Bedingungen Zeit und Kraft an eine verlorene Sache zu verschwenden?

Ein weiteres kommt hinzu. Bisher haben es die meisten höheren Schulen vermieden, der Ortsgeistlichkeit Einfluß auf das

Du hast noch nicht die Wählerliste eingesehen! Hole das Versäumte schnell nach!

Gewerkschaftsbewegung

Die Gastwirtsgehilfen im Zirkus Busch.

Am Donnerstagabend nahmen die Gastwirtsgehilfen in einer Besprechung im Zirkus Busch Stellung zu dem bisherigen Ergebnis ihres Kampfes. Die Gastwirte haben nicht nur die Bewilligung einer festen Entlohnung unter Wegfall des Trinkgeldverwehrens abgelehnt, sondern sie bereiten auch der Durchführung des gesetzlich vorgeschriebenen Achtstundentages Schwierigkeiten. Sie sind auf ihrem alten Standpunkt festgeblieben und bringen die alten Kampfmethoden zur Anwendung. Die Forderungen der Gehilfen sind mit einer allgemeinen Ausperrung beantwortet worden und die Gastwirte, die den Gehilfenforderungen gegenüber Entgegenkommen zeigen, werden durch Androhung der Diersperre und anderer Schikanen terrorisiert.

Die in den einzelnen Betrieben zum Verhandeln ernannten Kommissionen sind vielfach, wie im Hotel Adlon, mit wilden Schimpfworten empfangen worden. Im „Troadero“ sollen die Leute gar mit dem Revolver bedroht worden sein.

Allerhöchste Entrüstung hat das Verhalten der bürgerlichen Presse in dem Kampf um menschenwürdige Arbeitsbedingungen hervorgerufen. Diese Presse verbreitet die ungeheuerlichsten Lügen über Ausschreitungen der Gehilfen. Ebenso wird behauptet, die Gehilfen bzw. ihre Vertreter hätten ihr Wort gebrochen, indem sie in den Kampf eingetreten seien, obwohl die als ausführlich- und ergebnislos abgetriebenen Verhandlungen am 6. Januar fortgesetzt werden sollten. Diese Behauptung ist un wahr und in einer an sämtliche Zeitungen versandten Klagestellung zurückgewiesen worden. Keine der bürgerlichen Zeitungen hat der Berichtigung Aufnahme gewährt. Eine andere, von der „N. N. am Mittag“ gebrachte Fälschung, worin gesagt war, der Senner Verband wolle eine Aktion gegen die freigewerkschaftlichen Gehilfen einleiten, wurde in der Versammlung von einem Vertreter genannter Organisation entschieden zurückgewiesen. Der Senner Verband stehe vielmehr voll und ganz zu den Forderungen der Gastwirtsgehilfen und sei bereit, den Kampf energisch mit durchzuführen. Auch der Deutsche Arbeiterbund erklärte sich solidarisch.

Wie rücksichtslos die Gastwirte gegen die Angestellten vorgehen, kann man daraus erkennen, daß die weltlichen Angestellten, wo sie in Not und Noth getrieben sind, brutal auf die Straße gesetzt, obdachlos gemacht worden sind. Unter Verhinderung aller dieser Umstände ist es gewiß als ein Zeichen allergrößten Entgegenkommens zu betrachten, wenn die Organisationen der Angestellten anrichten, erst noch die auf Wunsch der Unternehmer heute wieder bestimmten Verhandlungen abzusagen, bevor zu weiteren schärferen Maßnahmen geschritten werde.

Stürmischen Beifall fand der Vorschlag, durch eine, heute Mittag 12 Uhr am Alexanderplatz, beim Lehrerbereitschaftshaus, dem Versammlungsort der Prinzipale, beginnende Demonstration die erste Entschlossenheit zur Durchführung der Forderungen zu bekunden.

Am Schluß erklärte die in erdrückender Zahl Versammelten in einer Entschließung, daß sie mit Entschiedenheit von dem Beschluß der Unternehmer, alle Forderungen der Gehilfen abzulehnen, Kenntnis nehmen. Sie verpflichteten sich, den ihnen aufgegebenen Kampf mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu führen. Sie protestierten auf das Schärfste gegen die einseitig geführten, tendenziösen Berichte der bürgerlichen Presse. Sie verurteilten die Gewalttätigkeit bei Arbeitsüberlegung und protestierten gegen den Vorwurf, Gewalttätigkeiten begangen zu haben. Sie sprechen der Leitung des Verbandes der Gastwirtsgehilfen ihr volles Vertrauen aus und beauftragen sie, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, welche den endgültigen Sieg verdürzen.

Die Verhandlungen zwischen Wirten und Kellnern.

Eine Korrespondenz berichtet hierüber: Im Berliner Lehrerbereitschaftshaus trafen am heutigen Vormittag die Gastwirte und die Kellner zusammen, um zu versuchen, eine Einigung in der Streitfrage herbeizuführen. Die Verhandlungen gestalteten sich zeitweilig recht erregt. Die Gastwirte erklärten, daß sie unmöglich die Forderungen der Angestellten in der bisher vorgeschlagenen Höhe annehmen könnten, ohne mit offenen Augen in ihren Ruin hineinzugehen. Die Angestellten dagegen erklärten, daß die Unternehmer bei der gegenwärtigen Konjunktur namentlich infolge der hohen Verdienste an Wein und Bier wohl in der Lage seien, ihren Angestellten ein ausreichendes Gehalt zu bewilligen. Sie verlangten ferner auch, daß in der Frage der Bekleidung und des Logis Renteurien eingeführt würden, die den sozialen Forderungen der Zeit entsprechen. So verlangte man, daß namentlich das in vielen Betrieben dem Küchenpersonal vorgegebene Vollflüßchen durch bessere Kost ersetzt werde. Eine Einigung konnte bis zum Schluß des Berichtes nicht erzielt werden, doch hofft man, ohne Anrufung höherer Instanzen sich einigen können.

Die Münchener Handlungsgehilfen gegen Paul Vange.

München, 2. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Hier nahm eine heute abend stattgefundene große Versammlung der Mitglieder des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen Stellung gegen den Redakteur der „Handlungsgehilfen-Zeitung“ Paul Vange, gegen dessen Schreibweise die Versammelten energisch protestierten. Sie verlangen die sofortige Beseitigung der heutigen Redaktion.

Ueber die Lohnverhältnisse bei der Wagh- und Schlichtgesellschaft

Berlin-Charlottenburg erhalten wir von einem Angestellten dieser Gesellschaft folgende Darstellung: „Jeder fühlende und denkende Mensch wird Ihre Ausführungen, daß das Monatslohn von 150 bis 180 Mark so ungeheuer die Hälfte bedeckt von dem, was tatsächlich erforderlich ist, um bei den jetzigen teuren Lebensbedingungen auszukommen, unterzeichnen. Die Angestellten der Gesellschaften sind sich dessen vollkommen bewußt, leider ist eine Erhöhung des Einkommens, um den allgemein jetzt gezahlten Löhnen und Gehältern gleichzukommen, aus triftigen Gründen nicht zu erreichen, denn, wenn jedermann die Erhöhung der Gehälter für die Wohlfeile anerkennt, so nicht die Herren Wagh- und Schlicht-Abonnenten. Hoff in ihrer Gesamtheit lehnen die Herren Abonnenten jede Erhöhung des Abonnementspreises ab. Die Herren halten die Bewachung ihrer Wertobjekte für so minderwertig, daß sie vorziehen die Bewachung aufzugeben oder sich in einer anderen unzulänglichen Weise zu helfen. Die Abonnentenverträge sind zu einer Zeit abgeschlossen, in welcher beide Teile keine Ahnung hatten, daß die Revolution kommen und das Gesagte dieser Verträge gebrochen würde. Die Gesellschaften arbeiten nun alle noch mit solchen für die Zeitgenossen zu niedrigen Abonnementsverträgen. Es würde sich z. B. bei der Gesellschaft, bei welcher Schreiber dieses angestellt ist, bei Bewilligung der von den Angestellten bereits gestellten Forderungen als da sind, ein Grundgehalt von 120 M., beiderseits 10 M. und zwei freie Nächte im Monat ohne Gehaltsföhrung, eine Nebenzahlung von 100 000 M. pro Jahr ergeben, für welche aber keinerlei Deckung vorhanden ist. Dies ginge die Angestellten eigentlich nichts an, sondern sie können sich sagen, seid ihr nicht in der

Lage, auskömmliches Gehalt zu zahlen, so müßt ihr den Betrieb einstellen. Dagegen sind aber sehr schwerwiegende Bedenken. Ein großer Teil der Angestellten besteht aus älteren Leuten, welche in diesem Falle plötzlich aus ihrer Stellung gedrängt, nun noch des Mindesteinkommens verlustig gehen. Den alten Mann stellt kein Unternehmer ein, die Verdienstmöglichkeiten sind ihm genommen. Ein solcher Sturz muß unter allen Umständen vermieden werden. In dieser Situation verdient ein Moment volle Beachtung, weil es für die Angestellten den Ausschlag gibt. Vor und für der Gesellschaften stehen für jedermann und zu jeder Tageszeit offen, warum wird angelehnt der niedrigen Entlohnung kein Gebrauch davon gemacht? warum gehen die Angestellten nicht in eine besser bezahlte Beschäftigung? Frage man den ersten besten, was ist die Antwort? Während des Tages Portier, in der Nacht Wächter! und da? Während des Tages Grünfröhmhändler, in der Nacht Wächter! und so fort. Sehr wenige, oder vielleicht gar keine sind ohne eine besondere Tagesbeschäftigung und erzielen in dieser Weise vielfach ein höheres Einkommen als im allgemeinen verdient bzw. gezahlt wird. Lediglich dieser Umstand ermöglicht den Gesellschaften ihre Existenz. Dennoch sind verschiedene kleinere Forderungen bewilligt worden. Von dem Erreichen ist wohl das Vermögen, daß jetzt die Angestellten den Sturz ihres Arbeitseinkommens gemehen, welcher in vielen Fällen als Vermittler noch oben und unten wirken soll. Das Verhältnis der Gesellschaft zu ihren Angestellten steht gewissermaßen unter Kontrolle des Arbeiterausschusses und dürfte eine vorteilhafte Wirkung für die Angestellten haben.

Warum ich sozialdemokratisch wähle.

Die Sozialdemokratie hat allein von allen Parteien mit Energie das verderbliche Herrschaftssystem bekämpft, das uns in den Abgrund geführt hat.

Die Sozialdemokratie ist schärfste Gegnerin des Krieges gewesen und hat ihn mit allen Mitteln zu verhindern gesucht. Als er gegen ihre Anstrengung ausgebrochen war, hat sie die Niederlage mit ihren entscheidenden Folgen vom deutschen Volk abzuwenden gestrebt, gleichzeitig ist sie für einen rechtzeitigen Frieden der Verständigung mit allen Mitteln eingetreten.

Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, deren Sieg Gewähr dafür bietet, daß die neu errungene Freiheit dem deutschen Volk erhalten bleibt. Ihre Politik sichert die Errungenschaften der Revolution und bietet die beste Gewähr gegen reaktionäre Rückschläge.

Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, deren Programm die Durchführung des Sozialismus ohne Schädigung des Wirtschaftsorganismus ermöglicht. Die bürgerlichen Parteien wollen die Herrschaft des Kapitalismus verewigen, die linksradikalen Gruppen haben mehr die Zerstörung des Kapitalismus, als den positiven Aufbau des Sozialismus im Auge; ihre Pläne drohen, den ganzen Wirtschaftsapparat in Trümmer zu schlagen.

Die Sozialdemokratie allein sichert einen dauernden Frieden. Nur sie von allen Parteien ist imstande, wieder ruhige und friedliche Beziehungen zu den Nachbarvölkern anzuknüpfen und der internationalen Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen.

Die Sozialdemokratie vertritt die Interessen aller arbeitenden Menschen, ob Kopf- oder Handarbeiter, ob Arbeiter im engeren Sinne, Angestellte, Beamte, Handwerker, Landwirte, Gewerbetreibende usw. Sie will jedem Arbeitenden den vollen Ertrag seiner Arbeit sichern. Nur ihr geht das Recht des lebenden Menschen vor dem Recht des toten Kapitals.

Die Sozialdemokratie erstrebt geistige Freiheit, Abschaffung jeglichen Gewissenszwangs, volles Recht der freien Meinungsäußerung für jedermann, gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle und Aufstieg der Begabten.

Die Sozialdemokratie allein kann daher Deutschland aus dem Abgrund, in den es durch das Verbrechen der alten Mächte hinabgeschleudert ist, erretten und einer höheren Stufe der Kultur und Gesittung, als sie bisher je erreicht wurde, zuführen.

Ich wähle deshalb sozialdemokratisch, denn Sozialismus bedeutet Glück, Wohlstand, Zufriedenheit, höhere Gesittung und persönliche Freiheit für alle geistig und körperlich schaffenden Menschen.

Groß-Berlin

Raubmord im Hotel Adlon.

Ein Geldbriefträger ermordet und beraubt. — 10 000 M. Belohnung.

Ein furchtbares Verbrechen wurde heute vormittag im Hotel Adlon am Pariser Platz entdeckt.

Der 58 Jahre alte Geldbriefträger Oskar Lange aus der Paulstraße 28, der auf dem Postamt 8 in der Französischen Straße angestellt ist, trat gestern früh zur gewohnten Zeit seinen Dienst an. Kurz vor 9 Uhr begab er sich auf den Postgang. Er hatte 8000 M. bares Geld und 41 Geldbriefe mit hohen Beträgen anzugelassen. Als er nicht zurückkehrte, ließ das Postamt in seiner Wohnung nachfragen. Aber auch hier war der betragte Beamte nicht wieder erschienen. Sofort wurden Nachforschungen nach dem Vermissten eingeleitet. Es ergab sich, daß Lange kurz vor 9 Uhr zunächst in der Wilhelmstraße 71 bei der Reichischen Grund-Akredit-Aktienbank, dann im Hotel Adlon und hierauf im Hotel Bristol Unter den Linden gewesen war. Die nächste Bestimmung bei dem Nummernschilder Unter den Linden hatte er nicht mehr ausgeführt. Nach diesen Feststellungen wurde sofort die Kriminalpolizei benachrichtigt.

Die fortgesetzten Ermittlungen ergaben heute früh, daß ein Angehöriger des Hotels Adlon ihn um 11 1/2 Uhr noch im ersten Stock des Hotels gesehen habe. Dort liegt eine Flucht von Räumen, die aus Salon, zwei Schlafzimmern und einem Badezimmer bestehen. Eine solche Doppelwohnung hatte die gestern ein Gast innegehabt, der sich Hausbesitzer von Winterfeld aus Hamburg nannte. In der vergangenen Nacht war „von Winterfeld“ in seinen Räumen nicht mehr gewesen, sie waren alle abgeschlossen. Nach Öffnung der Räume sah man im Salon den Geldbriefträger tot in einem Sessel sitzen. Ein Kasten aus der Badstube war ihm über den Kopf gehängt. Das rechte Bein stand vorgezogen, das linke krampfhaft angezogen. Nach Abnehmen des Kabinetts erkannte man auch gleich die Art der Ausführung des Verbrechens. Die Wunde war dem Geldbriefträger tief über den Kopf gezogen. Neben dem Mund war ihm eine Serviette gebunden und eine 9 Millimeter starke Leine ihm um den Hals gelegt und lastigartig gezogen worden. Dann war sie um den Sessel herumgelegt, so daß sie die Hände stark anspannte. Wessels- und Dreifachste wurden leer vorgefunden. Die Kuturris, in denen sich die Werte befanden, hatten liegen durcheinander unter dem kleinen Tisch des Salons. — Auf die Ermittlung des Verbrechens haben die Oberpolizei und die Kriminalpolizei je 5000 M. Belohnung ausgesetzt.

Der Täter ist bei Ausübung seiner Tat planmäßig und raffiniert vorgegangen. Er hat alle Vorhänge und Rollläden an den Hoffenstern geschlossen, in der Badstube die Wanne voll Wasser laufen lassen, um sich, wenn die Ausführung des Verbrechens nicht unblutig verlaufen wäre, gut waschen zu können. Von dem Geld, den er mitbrachte, hat er nur einen Teil benutzt. Das andere, abgeschätzte Stück fand man im Salon in einem Vertikow. Aus der Tasche des Postkastes wurde festgestellt, daß der Angehörige von Winterfeld, um mit dem Geldbriefträger bekannt zu werden, zwei Kaufmännische Briefe an seine Adresse im Hotel Adlon gerichtet hat. Der eine ist in N. O. 43, der andere in N. 58 ausgegeben. Sie lauten je über 10 M. Dem Täter sind außer den 8000 M. in barem Gelde, noch 86 Geldbriefe in die Hände gefallen. Die zur Bestellung übergebenen 41 Geldbriefe waren zusammen über 53 000 M. wertvoll.

Der angebliche Hausbesitzer Hans von Winterfeld aus Hamburg kam das erste Mal am 2. Dezember nach dem Hotel und mietete ein Zimmer im zweiten Stock. Dieses bewohnte er bis zum 27. Dezember. Er erklärte, daß er in der nächsten Zeit seine Eltern aus Ruhland erwartete und sich mit ihnen wochenlang in Berlin und im Hotel aufhalten wolle. Für diese Zeit wünschte er passende Räume. Der Gast reiste dann am 27. Dezember ab, kam am 1. Januar, mittags, wieder und übernahm die bestellten Zimmer.

Nach der übereinstimmenden Beschreibung kost der Täter etwa am Ende der dreißiger Jahre. Er ist mittelgroß und hat einen gepflegten schwarzen Vollbart. Er trägt einen dunklen Lebersteiner und einen dunklen Fädelanzug und wahrscheinlich einen Kneifer. Was seine Koffer enthält, kann erst festgestellt werden, wenn der Erkennungsdienst mit seinen Aufnahmen fertig ist und Vertreter des Gerichts und der Staatsanwaltschaft den Täter befragt haben.

Der ermordete Geldbriefträger Lange war verheiratet und Familienvater. Ein Sohn von ihm, ein Postgehilfe, stand lange im Felde und kehrt erst jetzt nach Hause zurück.

„Die Nationalversammlung und die Polizeibeamten“ lautete das Thema, das in einer überfüllten Versammlung der Polizeibeamten Berlins im großen Saal des „Wohlfürher Brauhaus“ verhandelt wurde. Der Referent Kriminalkommissar Genosse Lehner verband es in ausgezeichneter Weise, den Anwesenden die Bedeutung der Nationalwahlen vor Augen zu führen und sie mit den Gedankengängen des Sozialismus vertraut zu machen. Seine oft von lebhaften Zustimmungsaussagen unterbrochene Rede fand am Schluß stürmischen Beifall. In der Diskussion verfuhr der Polizeiwachmeister Pichler Stimmung für die fortschrittliche Volkspartei zu machen. Er fand aber in der Versammlung stürmischen Widerspruch. In der weiteren Diskussion traten, mit einer einzigen Ausnahme, alle Referent für den Anschluß an die Sozialdemokratie ein. Genosse Wachtel vom Propagandaausschuß der Sozialdemokratischen Partei wies noch besonders darauf hin, daß das Flugblatt der Deutschen Demokratischen Partei: „Wonne und Leher! Männer und Frauen!“ geradezu vor Augen und Verleumdungen steht und nur darauf berechnete sei. Simpeltanz unter den Boomen zu treffen. Folgende Resolution wurde gegen nur drei Stimmen angenommen:

„Die im Wöhlischen Brauhaus versammelten 1500 Polizeibeamten begrüßen die am 9. November gegründete Republik. Sie sprechen denjenigen, die diese Republik begründet haben und die sie seit Sonntag leiten, ihr volles Vertrauen aus. Sie fordern im Einverständnis mit der S. P. D. den baldigen Zusammentritt der Nationalversammlung in der Gewißheit, daß nur sie einen schnellen Frieden und die Wiederkehr geordneter Verhältnisse bewirken kann. Sie weisen jeden Terror und jede Reaktion auf das entschiedenste zurück und lehnen auch den Liberalismus ab, mag er sich auch jetzt vor der Nationalversammlung noch so demokratisch gebärden. Sie erklären sich mit den Zielen der S. P. D. einverstanden und machen es allen Kollegen und Kolleginnen zur Pflicht, für diese Partei zu werden, zu arbeiten und am 10. Januar zu stimmen.“

Die Aufgehellen der Wählerlisten für die verfassunggebende Nationalversammlung werden für die Stadt Berlin noch durch öffentlichen Aushang besonders bekannt gegeben.

Voll-, Telegraphen- und Postbeamten! Sonntag: große Versammlung sämtlicher Postbeamten, vormittags 10 1/2 Uhr, in der Union-Parkalleen, Greifswalder Str. 21. Es sprechen Oswald Johannsen und zahlreiche Postbeamte, Beamte und Beamtinnen, erscheint in Massen!

Die Lichtspiele Neue Philharmonie, Spandauerstr. 98/97 bringen von heute ab „Das Land der Sehnsucht“ mit Gesangseinlagen aus dem Volklied: „Sah ein Knab ein Adlein hehn!“ Hierzu gelangt zur Aufführung der Detektivromane „Das Geheimnis hinter den Kulissen der Robbenbahn Treppe“.

Seht die Wählerlisten ein!

Schneberg. Die Wählerlisten liegen im Neuen Rathaus, Rudolf-Wilde-Platz, Reichsallee, an den Wochentagen von 9—7 Uhr und Sonntag von 9—4 Uhr aus.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Mahldorf, Sonnabend, den 4. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung bei E. Anders, Dahnstr. 10. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Unsere Aufgaben bei den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung.

Orken. Hier fand seit der Revolution fast allwöchentlich eine Versammlung statt. Die Zahl der Parteimitglieder stieg von 20 auf über 200, die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten von 30 auf 230. Auch der Reichsbund der Kriegsschädigten und eben Kriegsheimkehrer gewann über 100 Mitglieder und konnte circa 3000 M. an Kriegswitwen, Waisen und Schwerebeschädigten verteilen.

Sonntag, den 5. Januar, mittags 10 1/2 Uhr,
im Palast-Theater am Zoo:

Gr. Frauenkundgebung

Thema:

Frauenrecht — Frauenpflicht zur Nationalwahl.

Referenten: Martha Hoppe, Wally Zepler, Kandidatinnen zur Nationalwahl,
und Hermann Lüdemann, Kandidat zum Preußenparlament.

Frauen, heraus aus dem Haus, hinein in die Versammlung!

Propaganda-Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei für Groß-Berlin.

Gelbe Mohrrüben

als Futterrüben...
Sänger,
Fog u. Berlin, Fernrotrage...

Wir brauchen Stolz!

Die neue Broschüre von Fritz Johannes.
Wer nennt die Namen?
Preis 40 Pfennige.

Weißer Zähne

erzielen Sie meist schon nach kurzem Gebrauch...
Spezialarzt
Blutwunden, Muttermale...

Spezialarzt

Blutwunden, Muttermale...
Tätowierungen

Verkäufe

Handtaschen, Geldbörsen...
Kleider, Hüte...

Biologisches Institut J. Jäger

Paulstr. 15, Berlin.
Behandelt folgende Krankheiten: Lähmungen, Gicht, Rheumatismus...

Möbel

Wohnzimmer, Schlafzimmer...
Küchengeräte...

Unterricht

Englischer Unterricht...
Französischer Unterricht...

Verkauf

Wäsche, Textilien...
Kleider...

Möbel

Wohnzimmer, Schlafzimmer...
Küchengeräte...

Musikinstrumente

Violen, Violoncellen...
Klaviers...

Verkauf

Wäsche, Textilien...
Kleider...

Verkauf

Wäsche, Textilien...
Kleider...

Möbel

Wohnzimmer, Schlafzimmer...
Küchengeräte...

Musikinstrumente

Violen, Violoncellen...
Klaviers...

Verkauf

Wäsche, Textilien...
Kleider...

Hygiene der Ehe

und der Flitterwochen.
Aerztlicher Führer für Braut- und Eheleute von Frauenarzt Dr. med. Zickel, Berlin.
2 Mark franko in Briefmarken...

Ardeltwerke, G.m.b.H.

Eberswalde bei Berlin
Zahnräder jeder Art
Verzahn. eingesandt. Körp. in 2-3 Arbeitstagen.

Kriegsanleihe

Deutsche Metallindustrie
Kriegsanleihe 1914
Korke, Wein und Sekt...

Pferdeauktion

Am Sonnabend, den 4. Januar 1914...
Vermietungen
Arbeitsmarkt

Verkauf

Wäsche, Textilien...
Kleider...

Verkauf

Wäsche, Textilien...
Kleider...

Gewerkschaftssekretär gesucht.

Das Gewerkschaftskartei Hannover-Linden sucht einen Gewerkschaftssekretär.
Deutsch. Metallarbeiter-Berband

Putz-Direktrice, Putz-Garnierinnen, Putz-Zuarbeiterinnen.

Putz-Direktrice, Putz-Garnierinnen, Putz-Zuarbeiterinnen.
Putz-Direktrice, Putz-Garnierinnen, Putz-Zuarbeiterinnen.

Wertmeister

als Detektiv...
Wertmeister